



Newsletter vom 30. 6. 2024

Inhalt

Der heulende Motor des feststeckenden «Volksschul-Autos» findet endlich Gehör	1
28. Juni 2024, Timotheus Bruderer	1
«Die integrative Schule ist gescheitert»	3
Tages-Anzeiger, 20. Juni 2024, Politik & Wirtschaft, Raphaela Birrer	3
Eine willkommene Debatte über die Volksschule	5
NZZ, 22. Juni 2024, Meinung & Debatte, <i>Andri Rostetter</i>	5
Die Vordenker der Bildung und ihr Versagen.....	6
NZZ am Sonntag, 23. Juni 2024, Schweiz, René Donzé	6
Unsere Kinder sind keine Motoren	8
Tages-Anzeiger, 25. Juni 2024, Forum, Leserbriefe	8
Zürcher Förderklassen-Initiative kommt zustande	9
Tages-Anzeiger, 22. Juni 2024, Zürich, Pascal Unternährer	9
Los Angeles führt für alle Schulen Handyverbot ein	10
20Minuten, 20. Juni 2024, News, AFP	10
Schüler in ihren Stärken fördern.....	10
Tages-Anzeiger, 28. Juni 2024, Forum, Leserbriefe	10
Testlabor Klassenzimmer	11
Condorcet Bildungsperspektiven, 13. Juni 2024, Urs Kalberer	11
Schule ohne Noten?.....	13
Schweizerzeit, 21. Juni 2024, von Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden BE	13
«Meine Kinder haben in der Schule kaum gelesen» (Bärfuss)	15
Journal 21, 21. Juni 2024, Carl Bossard.....	15
Veranstaltungshinweis	18
Lerncoach oder Bandenchef? Individualisierung versus Sozialität – ein Gegensatz?....	18
Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, 25. September 2024.....	18

Der heulende Motor des feststeckenden «Volksschul-Autos» findet endlich Gehör

28. Juni 2024, Timotheus Bruderer

Die Diskussion über die Zustände an den Zürcher Volksschulen hat endlich begonnen, auf der grossen Bühne der Medien stattzufinden; die integrative Schule steht öffentlich in der Kritik. Zeitungen und Fernsehsender berichten; es wird analysiert, beleuchtet, es werden Interviews geführt. Was von der Bildungspolitik jahrelang in den Wind geschlagen wurde, hat das Interesse der Medien doch noch erreicht. Ausschlaggebend für diese Aufbruchstimmung war unter anderem die



kantonale und überparteiliche Förderklassen-Initiative, über deren Zustandekommen sich unser Verein natürlich freut und darin aktiv mitgeholfen hat. Viele unserer Mitglieder und Sympathisanten hatten sich ins Zeug gelegt und Unterschriften gesammelt – ihnen sei an dieser Stelle ein grosses Dankeschön ausgesprochen.

Zurück zum Bildungsauftrag

Die Initiative scheint den liberalen Geist inspiriert zu haben, denn die FDP Schweiz hat an ihrer Delegiertenversammlung Ende Juni weit ausgeholt und ein Positionspapier mit 17 Analysen und Forderungen zur Gesamtsituation an der Volksschule verabschiedet. Die Kernaussage: Die Volksschule muss wieder zurück zu ihrem ursprünglichen Bildungsauftrag finden. ([Das Positionspapier erhalten Sie mit diesem Link.](#)) Entworfen wurde es von dessen Präsidenten Thierry Burkart – sein Interview im Tagi bildet den Auftakt unseres Newsletters.

Die Volksschule unter Vollbeleuchtung

Weitere haben sich die Gunst der Medienscheinwerfer zunutze gemacht. So beleuchtet zum Beispiel Andri Rostetter in der NZZ die Widersprüche, die durch die nie enden wollenden Reformen an unseren Schulen verursacht wurden: *«Die Schulen werden allein gelassen und bevormundet. Sie müssen die Noten abschaffen, wieder einführen, sie müssen Smartphones in den Unterricht integrieren und gleichzeitig verbieten, Schülern Respekt beibringen und sich dafür von Eltern beschimpfen lassen, sie müssen inkludieren, separieren, evaluieren – und das alles mit zu vielen Konzepten und zu wenig Ressourcen.»* Urs Kalberer sieht das Klassenzimmer zu einem Testlabor verkommen und hält fest: *«Der Lehrermangel führt dazu, dass ungeeignete Personen einsteigen. Die wuchernde Administration frisst Ressourcen weg, die anderweitig besser eingesetzt werden könnten. Die Ausbildung der PH ist ideologisch und scheut die wissenschaftliche Auseinandersetzung. Und die Digitalisierung verursacht Kosten, die in keinem Verhältnis zum Lernzuwachs stehen. Das Testlabor Klassenzimmer ist grösser als angenommen.»* René Donzé wirft der Politik und pädagogischen Hochschule Realitätsferne vor; er schreibt: *«Neue Ideen werden von der Politik und an den pädagogischen Hochschulen ausgebrütet, eingeführt und nie mehr wirklich hinterfragt.»* Mit einem Zitat Roland Reichenbachs entlarvt er sogleich die finanzielle Motivation dahinter: *«Je mehr in eine Reform investiert wird, desto weniger wird sie später wieder revidiert.»*

Der Krug ist gebrochen

Der Krug geht bekanntlich so lange zum Brunnen, bis er bricht. Obige Analysen machen deutlich, dass der Krug schon lange gebrochen ist. Es brauchte lediglich eine lange Zeit, bis die Brunnen-schöpfer den Bruch mit notorischen Symptombekämpfungen nicht länger übertünchen können. Der jetzige Zustand der Volksschule erinnert zudem an ein Auto, das im Schlamm eingesunken ist, während alle vier Räder durchdrehen. Obwohl sich das Auto weder vorwärts noch rückwärts bewegt, wird das Gaspedal weiterhin leidenschaftlich durchgedrückt – so lange, bis der Sprit (oder Strom) alle ist. Wie lange der Motor noch laufen kann, wissen wir nicht. Was wir aber wissen, ist, dass der heulende Motorenlärm die Ohren der Medien endlich erreicht hat.

Wie lange läuft der Motor noch?

«Von allem etwas und vom Ganzen nichts.» Mit diesem Zitat fasst Carl Bossard die Reformbestrebungen der letzten Jahrzehnte treffend zusammen. Mit seinem Lösungsansatz der «sanften Sanierung» schliesst er den Kreis zur Forderung der FDP Schweiz: *«Das Fundament und der feste Bau bleiben bestehen. Beides symbolisiert das, was immer gilt und keinem Verfalldatum unterliegt: die Basics, wie es heute heisst, eine gute Grundlage mit den elementaren Kulturtechniken des Lesens, Schreibens und Rechnens.»* Die Schule muss wieder zurück zu ihrem ursprünglichen Auftrag finden. Ob und wie sie dies schafft, wird die Zukunft zeigen. René Donzé warnt in weiser Voraussicht: *«Am Ende wäre es erneut die Politik, die der Schule die Richtung weist – anstelle derjenigen, die an der Front arbeiten.»* Auch unser Vereinsmitglied Hanspeter Amstutz weist in seinem Artikel vorsorglich den richtigen Weg: *«Eine gute innere Schulentwicklung beruht in erster Linie auf der*



Innovationskraft kompetenter Lehrpersonen. Diese sind es, die aus dem täglichen Umgang mit jungen Menschen wissen, wo es Verbesserungen braucht und wo ganz Neues gewagt werden kann.»
Wir sind gespannt, ob die Politik die Grösse besitzt, den Fuss vom Gas zu heben, aus dem im Schlamm versunkenen «Volksschul-Wagen» auszusteigen und ihn gemeinsam mit den Frontarbeitern wieder aus dem Schlamassel zu ziehen. Noch ist es nicht zu spät, noch läuft der Motor.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre!

Timotheus Bruderer

«Die integrative Schule ist gescheitert»

Tages-Anzeiger, 20. Juni 2024, Politik & Wirtschaft, Raphaela Birrer

Thierry Burkart • Der FDP-Präsident will seine Partei mit einem neuen Papier als Bildungspartei positionieren. Im Interview sagt er, was sich in der Volksschule ändern muss.

Die FDP hat die vergangenen Wahlen verloren. Jetzt will Präsident Thierry Burkart die Partei inhaltlich neu aufstellen, um bei einer breiteren Wählerschaft zu punkten. Dazu nimmt er sich des ebenso beliebten wie umstrittenen Bildungsthemas an. Burkart will seine FDP als Partei der Bildung positionieren und präsentiert der Delegiertenversammlung am kommenden Samstag ein neues Papier zur Volksschule. Darin sind rund 20 Forderungen aufgelistet, wie die Schule aus Sicht der FDP reformiert werden müsste.

Thierry Burkart, die Volksschule ist am Anschlag - so überschreiben Sie das neue Bildungspapier der FDP. Was bringt Ihre Partei zu dieser Diagnose?

Die Gesellschaft erwartet immer mehr von der Volksschule. Viele Probleme und Trends werden in die Klassenzimmer getragen. Das müssen wir stoppen. Der Kern der Schule ist der Bildungsauftrag, die Schülerinnen und Schüler sollen Grundkompetenzen erwerben. Das ist heute nicht mehr gewährleistet: Das Bildungsniveau ist in den letzten Jahren gesunken.

Sie sprechen die Ergebnisse der Pisa-Studie an.

Genau. Ein Viertel der Jugendlichen, die aus der Volksschule kommen, kann zwar Alltagstexte lesen, versteht sie aber nicht. Ausserdem bestehen erhebliche Mängel bei der Grundkompetenz «Schreiben». Auch in der Mathematik sind die Leistungen zurückgegangen. Die Qualität unserer Volksschule ist zwar nicht schlecht, die Tendenz ist jedoch besorgniserregend. Die FDP will, dass ein sozialer Aufstieg über ein gutes Bildungsniveau möglich bleibt. Es ist deshalb an der Zeit, einige Fehlentwicklungen zu korrigieren.

Dass die Grundkompetenzen leiden, ist auch die Schuld der Politik. Sie verbürokratisiert die Schule mit immer neuen Reformen.

Richtig - und daher ist es auch an der Politik, Gegensteuer zu geben. Die Schulen sind mit den überbordenden Reformen überfordert. Als wichtigste Schulreform braucht es nun die Besinnung auf die Kernaufgabe. Nur so kann Ruhe einkehren. Der Fokus muss dabei auf der Vermittlung der Grundkompetenzen liegen. Das würde auch den Lehrberuf wieder attraktiver machen.

Was würde eine solche grosse Schulreform beinhalten?

Ein wichtiger Bestandteil der Reform wäre ein Marschhalt bei der integrativen Schule. Sie ist gescheitert. Das sieht gemäss einer Umfrage des Lehrerinnenvereins Baselland auch die Mehrheit der Lehrkräfte so. Die lernschwachen Kinder werden benachteiligt, der Regelunterricht behindert und die starken Schülerinnen und Schüler vernachlässigt. Die hohe Anzahl Fachpersonen bringt Unruhe in die Klassenzimmer. Und die vielen Abklärungen und Therapien führen zu einer Pathologisierung der Kinder.



Das Problem ist doch nicht die Inklusion beeinträchtigter Kinder an und für sich, sondern die Bedingungen, unter denen sie stattfindet. Die Politik hat zu wenig Mittel dafür gesprochen, dass der Unterricht adäquat durchgeführt werden könnte.

Fakt ist, dass in den Regelklassen zu viele Sonderfälle integriert werden. Das ist organisatorisch und finanziell nicht mehr zu stemmen. Heute erreichen viele Kinder trotz hohem Betreuungsaufwand die Bildungsziele nicht. Deswegen müssen wir zu geordneten Klassenverbänden mit weniger Bezugspersonen zurückkehren.

Die Inklusion basiert aber auf einem Verfassungsartikel.

Die Verfassung verbietet die Diskriminierung wegen Behinderung. Gerade deshalb wollen wir Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen gezielter fördern. In separaten Klassen könnte adäquater auf ihren Lernbedarf eingegangen werden. Das würde sowohl das Niveau der betroffenen Kinder als auch jenes der anderen Kinder in der Regelklasse erhöhen.

Sind die zunehmenden Verhaltensauffälligkeiten nicht auch ein Symptom unserer Leistungsgesellschaft? Weil viele Kinder nicht mit dem Druck umgehen können?

In manchen Gesellschaftskreisen ist der Druck übermässig, in anderen inexistent. Für die Lehrkräfte ist es schwierig, beides aufzufangen. Wir dürfen aber den Kindern nicht vormachen, dass Leistung nicht wichtig ist. Sie müssen lernen, mit Erfolg und Misserfolg umzugehen. Deswegen fordern wir, dass Noten erhalten bleiben.

Damit widersprechen Sie der Wirtschaft: Diese kritisiert Noten als zu ungenau und fordert alternative Bewertungsmodelle.

Ich glaube nicht, dass lange Prosatexte aussagekräftiger sind als Noten. In Kombination mit Noten kann eine schriftliche Ausführung Sinn machen - aber sicher nicht als Ersatz.

Die FDP möchte nicht nur Sonderklassen für beeinträchtigte Kinder, sondern auch für fremdsprachige. Damit würden Sie einen grossen Teil der Kinder von der Regelklasse ausschliessen.

Wir sind überzeugt, dass eine gemeinsame Sprache die zentrale Voraussetzung für die Integration und den Lernerfolg ist. Erhalten fremdsprachige Kinder zuerst intensive Deutschkurse, bevor sie in die Regelklasse kommen, nimmt dort die Sprachkompetenz bei allen Kindern zu. Die fremdsprachigen Kinder können mithalten und scheitern nicht auch in anderen Fächern wegen der mangelnden Sprachkompetenz. Und den Lehrkräften wird der Unterricht massiv erleichtert.

Das Wohl der Lehrkräfte scheint der FDP besonders wichtig zu sein. Gewisse Zustände in den Klassenzimmern seien unhaltbar, schreiben Sie. Was meinen Sie damit?

Die Lehrerinnen und Lehrer verdienen Respekt. Umso stossender ist es, dass Beschimpfungen, Bedrohungen und Einschüchterungen in den Schulen massiv zugenommen haben. Eine Umfrage des Lehrerdachverbands zeigt erschreckende Zahlen. Diese Zustände sind unhaltbar.

Was schlagen Sie zum Schutz der Lehrerinnen vor?

Es braucht harte Sanktionen gegen fehlbare Schülerinnen und Schüler, aber auch Konsequenzen, wenn deren Eltern sich inakzeptabel verhalten. Damit meine ich zum Beispiel Versetzungen. Zudem müssen Meldestellen für betroffene Schulen errichtet werden. Wir dürfen nicht tatenlos zuschauen, bis es bei uns zu extremen Situationen wie in Frankreich kommt, wo die Lehrer teilweise an Leib und Leben bedroht sind.

Gleichzeitig stellen Sie auch Forderungen: Sie wollen, dass die Lehrerschaft vermehrt Vollzeit arbeitet. Wie wollen Sie das erreichen?

Wir stellen uns einerseits Mindestvorgaben bei den Pensen vor. Der Kanton Genf schreibt bereits heute mindestens 50 Prozent vor - und fährt gut damit. Auch in Zürich sollen die Mindestpensen steigen. Andererseits braucht es Anreize, indem Lehrerinnen mit höheren Pensen mehr verdienen oder zusätzliche Ferien erhalten.

Kleine Pensen erleichtern vielen Lehrkräften die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Die Vereinbarkeit ist für uns wichtig. Aber wir wollen nicht, dass sie auf Kosten des Gesamtsystems geht. Kleine Pensen erschweren den Schulbetrieb und verschärfen den Fachkräftemangel. In der Primarschule fehlt dadurch oft eine klare Bezugsperson. Dabei wirkt diese für die Kinder als



eigentlicher Leitstern im Schulzimmer. Oberstes Ziel jeder Schulstunde muss es doch sein, im Kind die Freude am Lernen zu wecken. Das ist der Motor für das lebenslange Lernen.

Sie haben eingangs betont, wie wichtig die Grundkompetenzen sind. Worauf würde die FDP konkret zugunsten von Lesen, Schreiben und Mathe verzichten?

Neben diesen drei Grundkompetenzen müssen die Schülerinnen und Schüler auch unser politisches System verstehen und die historischen Hintergründe kennen. Nur so werden sie mündige Bürger, die am politischen System teilhaben können.

Das ist aber keine Reduktion der Inhalte, sondern ein Ausbau.

Frühfranzösisch und Frühenglisch erzielen zu schlechte Ergebnisse, stattdessen leidet die Erstsprache der Kinder. Der Aufwand lohnt sich auch langfristig nicht. Wir sollten diese Fächer auf Primarstufe abschaffen und erst in der Sek mit den Fremdsprachen beginnen.

Über Frühfranzösisch hat die Schweiz lange und leidenschaftlich gestritten - diese Forderung dürfte einen Aufschrei geben.

Dazu gibt es in unserer Partei unterschiedliche Haltungen, es ist daher noch nicht sicher, ob die Forderung im Papier bleibt. Was aber klar ist: In den Bereichen Staatskunde und Geschichte wurde in den letzten Jahren teilweise abgebaut, weil die Stundenzahlen reduziert und Fächer zusammengelegt wurden. Diese Sammelfächer könnte man zugunsten der Grundkompetenzen reduzieren. Das würde auch die ideologische Beeinflussung verringern.

Ein harter Vorwurf -- das müssen Sie belegen.

Heute werden in den Schulen teilweise fragwürdige Ideologien und woke Weltanschauungen verbreitet. In offiziellen Lehrmitteln wird zum Beispiel Werbung für die Gewerkschaft Unia gemacht. Oder die Kinder müssen korrekt geschriebene Texte in gendergerechte Sprache «übersetzen». Das geht einfach zu weit - die schulischen Inhalte müssen sorgfältiger auf ihre Ausgewogenheit geprüft werden. Die Schülerinnen und Schüler sollen sich ihre eigene Meinung bilden können.

Wie will die FDP nun all diese Forderungen umsetzen? Planen Sie koordinierte kantonale Vorstösse oder eine Initiative?

Wir suchen zuerst parteiintern einen schweizweiten Konsens über die Grundprinzipien der Volksschule. Dann setzen wir die Strategie auf kantonaler Ebene um. Dazu werden wir koordinierte Vorstösse einreichen. Schliesslich sind wir die Bildungspartei schlechthin. Wir haben bereits 1830 in jenen Kantonen, in denen wir in der politischen Führung waren, die unentgeltliche Volksschule für alle eingeführt.

Eine willkommene Debatte über die Volksschule

NZZ, 22. Juni 2024, Meinung & Debatte, *Andri Rostetter*

Bildungspapier der FDP

Alle paar Jahre besinnt sich die FDP auf ihre Wurzeln als Bildungspartei. Schliesslich hat sie in den 1830er Jahren in den liberal regierten Kantonen die unentgeltliche Volksschule für Mädchen und Knaben eingeführt. Die Partei ist es sich damit schon aus Traditionsgründen schuldig, regelmässig in die bildungspolitische Debatte einzugreifen.

Diese Woche hat sie das mit bemerkenswerter Heftigkeit getan. In einem Positionspapier prangert die FDP so ziemlich jeden Missstand an, mit dem die Volksschule zu kämpfen hat – von der «teuren Gleichmacherei» der integrativen Schule über den fehlenden Anstand im Klassenzimmer bis zur Smartphone-Seuche in der Unterstufe. Man musste nicht lange nach Kritikern suchen, die das Papier bereitwillig zerrissen. Die Vorschläge seien rückständig und undifferenziert, die Partei habe «rote Linien» überschritten, schäumte ein SP-Nationalrat in den Tamedia-Zeitungen. Eine Mitte-



Nationalrätin bemerkte giftig, es sei «erstaunlich», dass sich die FDP als Bildungspartei zu Wort melde.

Der Freisinn hat es seinen Gegnern tatsächlich leicht gemacht. Das Papier ist keine fein ziselierte Systemanalyse, sondern eine Mischung aus geraffter Zustandsbeschreibung und Pamphlet – mit anderen Worten: Es ist populistisch. Falsch sind die Schlussfolgerungen deswegen nicht. Die Schulen werden allein gelassen und bevormundet. Sie müssen die Noten abschaffen, wieder einführen, sie müssen Smartphones in den Unterricht integrieren und gleichzeitig verbieten, Schülern Respekt beibringen und sich dafür von Eltern beschimpfen lassen, sie müssen inkludieren, separieren, evaluieren – und das alles mit zu vielen Konzepten und zu wenig Ressourcen.

Noch ist die Qualität der Schweizer Volksschulen nicht so tief gesunken wie etwa in Deutschland, Italien oder Spanien. Dort liegt die Quote der Schulabbrecher, ein zentraler Indikator für den Zustand des Bildungswesens, deutlich höher als in der Schweiz. Aber auch die Schweizer Volksschule leidet unter diversen Fehlentwicklungen, die in ihrer Kombination das Potenzial haben, das gesamte Bildungssystem in Schieflage zu bringen. Eine Grundsatzdebatte über den Zustand der Volksschule ist deshalb willkommen. Es ist der FDP anzurechnen, dass sie bereit ist, sich mit einem klaren Positionsbezug unbeliebt zu machen. Das Papier hat aber zumindest in einem Punkt auch das Potenzial, die Partei zu entzweien. Mit der Forderung nach einer Abschaffung des Frühfranzösisch greift die FDP nämlich einen alten Streitpunkt wieder auf. Wegen der gleichen Forderung gerieten die Delegierten schon im Jahr 2000 aneinander. Damals waren es die Zürcher, die das Englisch der zweiten Landessprache vorziehen wollten. Die Romands wehrten sich erfolgreich. Die Delegierten schrieben schliesslich beide Sprachen als förderungswürdig im Positionspapier fest.

Wunder sind ohnehin keine zu erwarten. Bildungspolitische Debatten entfalten ihre Wirkung oft erst mit jahrelanger Verzögerung, häufig sind die Forderungen dann längst überholt. Will die Partei etwas erreichen, ist sie deshalb vor allem auf ihre Kantonalsektionen angewiesen. Ob das funktioniert, lässt sich nun in St. Gallen beobachten. Der Kanton steckt mitten in der Totalrevision des über vierzigjährigen Volksschulgesetzes. Im Mai schickte die kantonale FDP der SP-Bildungsdirektorin einen offenen Brief, in dem sie genau das forderte, was nun im Positionspapier der Partei steht. Der St. Galler FDP-Präsident weiss, was er unterschrieben hat: Er ist ausgebildeter Sekundarlehrer und Rektor einer Volksschule.

Die Vordenker der Bildung und ihr Versagen

NZZ am Sonntag, 23. Juni 2024, Schweiz, René Donzé

Der Unmut über die Schule wächst. Der politische Widerstand gegen Reformen nimmt zu. Das hat einiges mit einer ideologisierten Wissenschaft zu tun

«Le bol de Paul est bleu clair.» So tönte es in den 1970er Jahren in den ersten Versuchsklassen mit Frühfranzösisch. Diesen Satz mussten Fünftklässler aussprechen, wenn das Bild mit der blauen Schüssel auf der Leinwand erschien. Gebracht hat die Übung wenig; bereits in der Oberstufe war der minimale Vorsprung gegenüber jenen, die später mit Französisch gestartet hatten, verpufft. Heute erzählt ein damals Verantwortlicher: «Wir durften es seinerzeit nicht laut sagen: Aber es gab kein Zurück mehr, weil bereits zu viel Geld und zu viel Prestige ins Projekt investiert worden war.» Blau ist auch die Farbe der FDP, die am Samstag ein Bildungspapier verabschiedet hat. Darin spricht sie sich gegen den frühen Fremdsprachenunterricht aus, hinterfragt aber auch die Inklusion. Mit ihrem Papier reiht sich die Partei bildungspolitisch auf der Linie der SVP ein. Wie konnte es so weit kommen?

50 Jahre nach den ersten Versuchen sind die Frühfremdsprachen ein Millionenprojekt – mit bescheidenem Erfolg. «Man könnte beim Zweitspracherwerb dasselbe Ziel auf der Oberstufe mit



einem kleineren Aufwand erreichen», stellte bereits 2017 die Linguistin Simone Pfenninger fest. Auch andere Studien bestätigten das. Doch blieben diese ungehört in Wissenschaft und Politik. Geändert hat sich: nichts.

Warum? Fragt man Experten des Bildungswesens, stösst man auf eine erstaunlich einfache Antwort: Das System ist nicht darauf ausgelegt, sich selbst zu hinterfragen. Am Anfang der Frühfremdsprachen standen ein neues pädagogisches Konzept und ein politischer Wille, an dem bis heute festgehalten wird. Das Konzept heisst «Sprachbad» und der Wille «Kohäsion».

Eine fromme Hoffnung

Ab den 1970er Jahren glaubten viele Sprachdidaktiker, dass den Kindern Sprachenlernen je früher, desto leichter falle und vor allem über Hören und Sprechen erfolgen sollte und weniger über Grammatik und Vokabeln büffeln. Die Politik wiederum war erpicht darauf, dass die Kinder eine zweite Landessprache zwecks Förderung des nationalen Zusammenhalts erlernen.

Als dann die Wirtschaft auch noch auf frühes Englisch pochte (und der Kanton Zürich dies unter Bildungsdirektor Ernst Buschor umsetzte), kam es zum Sprachenstreit zwischen den Kantonen und zum Kompromiss mit zwei Fremdsprachen in der Primarschule. Beide jedoch sind zu schwach dotiert, um sie auch annähernd als Sprachbad wahrzunehmen – ein solches erleben Jugendliche, wenn schon, in den sozialen Netzwerken, in Filmen und Musik, auf Englisch.

Obwohl die tiefe Wirksamkeit der Frühfremdsprachen erwiesen ist und die dafür aufgewendete Zeit zulasten anderer Fächer geht, gab es lange kaum Kritik. «Wissenschaft und Politik sind stark ideologisch gefärbt», sagt ein Sprachwissenschaftler, der um Aufträge fürchtet, wenn sein Name in der Zeitung steht. Vor allem an vielen einflussreichen pädagogischen Hochschulen sei der Diskurs naiv, theoretisch schwach begründet und basiere kaum auf Empirie. Will heissen: Statistische Fakten werden ausgeblendet zugunsten von missionarischem Eifer.

Ein Vorgang, der sich in der Bildung laufend wiederholt. Neue Ideen werden von der Politik und an den pädagogischen Hochschulen ausgebrütet, eingeführt und nie mehr wirklich hinterfragt. «Je mehr in eine Reform investiert wird, desto weniger wird sie später wieder revidiert», sagt Roland Reichenbach, Erziehungswissenschaftler an der Universität Zürich. Ein Beispiel ist die schulische Inklusion: Statt in Sonderklassen werden die Kinder mit Beeinträchtigungen heute möglichst in die Regelklassen integriert. «Es ist weniger ein pädagogisches Konzept als vielmehr ein politischer und moralischer Imperativ», sagt Reichenbach. Er spricht auch von einer «frommen Hoffnung».

Was im Grundgedanken auf der Behindertenrechtskonvention beruht, wird heute auch auf verhaltensauffällige Kinder angewendet, die ganze Klassen durcheinanderwirbeln können. Dazu kommen lernschwache, fremdsprachige, hochbegabte Kinder. Das Konzept stösst an seine Grenzen. Nicht wenige Lehrerinnen laufen am Limit – auch wenn sie von Heilpädagoginnen, Assistenzen, Logopäden und so weiter unterstützt werden.

Gleichzeitig ist klar, dass die Reform den integrierten Kindern weniger nützt als geglaubt: Selbst die Hochschule für Heilpädagogik (HfH), deren Kerngeschäft die Inklusion ist, stellt fest, dass sich die Leistungsfortschritte von integriert geschulten Kindern «nicht so deutlich von jenen der separiert geschulten» unterscheiden. Immerhin würde der Rest der Klasse dadurch nicht ausgebremst, schreiben sie. Dennoch werden solche Konzepte kaum infrage gestellt. Stattdessen werden Lösungen in zwei Richtungen gesucht: noch mehr Reformen (wie die Abschaffung von Selektion und Noten) oder noch mehr Ressourcen (Geld und Lehrpersonen). «Wertneutrale Forschung in der Bildung ist praktisch nicht möglich», sagt Reichenbach.

Einer, der das System aus Erfahrung kennt, ist Carl Bossard, ehemaliger Lehrer, Gymi-Rektor und Gründungsrektor der PH Zug. «Ein kleiner universitär-akademischer Zirkel hat – im Verbund mit einer starken Bildungsbürokratie – die Dominanz über die Schulen errungen», sagt er. Sie bestimmen, was an den Schulen gelehrt und wie unterrichtet werden muss – oft auch gegen die Praktikerinnen und Praktiker an der Front. Etwa auch beim Lehrplan 21, der inhaltlich überfrachtet sei. «Die Warnungen und Meldungen der Lehrer wurden in den Wind geschlagen», sagt Bossard. Das System



Schule sei überlastet, es bleibe den Kindern immer weniger Zeit, grundlegende Fähigkeiten zu lernen und zu üben. Doch statt die Probleme zu beheben, würde Neues erprobt, wie beispielsweise der Verzicht auf Benotung, was von der Grundproblematik ablenke.

Allianz der Bürgerlichen

Es sind solche Entwicklungen, die dazu führen, dass der Unmut über die Volksschule wächst: Lehrer beschwerten sich über die zunehmende Belastung, Eltern fürchten um den Schulerfolg ihrer Kinder, und die Wirtschaft bemängelt Lücken im Können und Wissen der Schulabgänger. Studien wie Pisa bestätigen, dass ein beträchtlicher Teil der Schülerinnen und Schüler die Grundkompetenzen in ihrer Landessprache nicht erreichen.

Wurde Kritik an Schulreformen vor wenigen Jahren noch als konservativer Rechtspopulismus abgetan, ist sie heute in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Das zeigt nicht zuletzt das FDP-Bildungspapier. Es kritisiert unter anderem die integrative Schule («erreicht die Ziele nicht»), die Frühfremdsprachen und den Lehrplan 21 («entschlacken»). Das zeigt aber auch die Förderklassen-Initiative, die im Kanton Zürich dieser Tage zustande gekommen ist. Sie fordert Sonderklassen für verhaltensauffällige Schüler. Getragen wird sie von Politikern von SVP, FDP, GLP, Mitte, EVP. In Basel ist eine fast gleichlautende Initiative schon eingereicht worden.

Nun nähern sich die Parteien auch auf nationaler Ebene an: Das FDP-Papier gleicht in vielen Punkten jenem der SVP. Auch die Grünliberalen und die Mitte vertreten über weite Strecken ähnliche Positionen. Bildungspolitik ist zwar weitgehend Sache der Kantone. Doch wenn die nationalen bürgerlichen Parteien die gleiche Marschrichtung vorgeben, dürften künftig vermehrt Reformen auf kantonaler Ebene infrage gestellt werden. Am Ende wäre es erneut die Politik, die der Schule die Richtung weist – anstelle derjenigen, die an der Front arbeiten.

Unsere Kinder sind keine Motoren

Tages-Anzeiger, 25. Juni 2024, Forum, Leserbriefe

«Tages-Anzeiger» vom 20.6. «Die integrative Schule ist gescheitert»

Kernkraftwerke werden stillgelegt, betonierte Flussläufe renaturiert und Medikamente zurückgezogen, wenn Fachwelt und Politik erkennen, dass der Schaden grösser ist als der Nutzen. Eingeständnisse mit Vollbremsung und Rückwärtsgang sind harte Kost für die Politik, zeugen aber von Grösse und Verantwortungsbewusstsein. In der Bildungspolitik fehlt aber die Tradition einer ungeschminkten Neubewertung mit einer allfälligen Vollbremse. Der Ruf des international renommierten Forschers und Entwicklungspädiaters Remo Largo prallt an der Mauer der Politik ab. Man will nicht hören, dass mit dem obligatorischen Fremdsprachenunterricht in der Primarschule ein pädagogischer Irrweg beschritten wird. Dieser kostet eine Menge Geld, bringt aber nichts. Mit Recht prangert Largo die Bildungspolitik an, die so tun als ob sie über Kinder frei verfügen könnten und diese beliebig lern- und anpassungsfähig sind. Er meint, dass Politiker ein Rückkommen auf einen früheren Entscheid als Gesichtsverlust empfinden könnten. Werden Schule und Kinder als Spielball oder gar als Geisel der kantonalen und nationalen Politik behandelt? Der Ruf, der Bund möge ein Machtwort sprechen, nährt solche Vorstellungen. Kinder sind keine Motoren, die beliebig getunt werden können.

Roland Käser, Russikon

Nach über 40 Jahren im Schuldienst an der Oberstufe der Volksschule spricht mir das Interview mit Thierry Burkart mehrheitlich aus dem Herzen. Zu hoffen ist allerdings, dass einige der Reformvorschläge auch zeitnah umgesetzt werden, denn Handlungsbedarf ist dringend. Diverse Reformen würden auch die Finanzen nicht oder nur wenig tangieren. So könnte beispielsweise die Lektionenzahl der Schüler und Schülerinnen ohne Auswirkungen aufs Bildungsniveau auf 30 oder maximal



32 Wochenlektionen (auf der Oberstufe) gesenkt werden. Ganz nach dem Motto: «weniger ist mehr». Parallel dazu müsste die Schule aber rigoros entschlackt werden. Fielen vor 15 Jahren noch ca. 20 Prozent der Lektionen anderen Inhalten zum Opfer, sind es heute bereits gegen 40 Prozent. Das sind nicht Stundenausfälle, sondern Lektionen, in denen andere Inhalte wichtiger sind, als die im Stundenplan aufgeführten z. B. Vorbereitung, Pausenkiosk, Besuch beim Schularzt, Projektwoche, Fussballturnier, Ausfüllen von Umfragen, Informationen vom Schülerparlament, Besuch im Europapark, usw. Die Schulen müssten wieder in Ruhe an ihren Kernaufgaben arbeiten können, dann wäre vielleicht auch der klar erkennbare Niveauabbau aufhaltbar.

Daniel Zenger, Hinwil

«Die integrative Schule ist gescheitert», stellt FDP-Präsident Thierry Burkart fest. Tatsächlich gescheitert ist aber nicht die integrative Schule, sondern die Jahrgangsklasse und die Fiktion, dass Lernen nur dann sinnvoll erfolgen kann, wenn man 20 oder 25 Kinder oder Jugendliche mit den gleichen Methoden, im gleichen Tempo und nach dem gleichen Lehrplan unterrichtet, obwohl sie so unterschiedliche Interessen und Begabungen haben und sich auch in ihrer intellektuellen Entwicklung weit voneinander unterscheiden mögen. Die einzige logische Schlussfolgerung würde darin bestehen, Jahrgangsklassen gänzlich aufzulösen und die Kinder und Jugendlichen wieder so frei, selbstbestimmt und aufgrund ihrer natürlichen Interessen, Begabungen und ihrer angeborenen Neugierde lernen zu lassen, wie sie dies alle in ihren ersten Lebensjahren so erfolgreich getan hatten. Dazu braucht es keine Schulen, sondern nur eine möglichst vielfältige, lebensbezogene Lernumgebung, das Vertrauen darin, dass die Kinder selber am besten wissen, wie man am erfolgreichsten lernt, und so etwas wie einen «Götti» oder eine «Gotte» als pädagogische Fachperson, die dem Kind bei seinem eigentätigen Lernen immer dann, wenn es selber nicht mehr weiterkommt, hilfreich zur Seite steht.

Peter Sutter, Buch

Zürcher Förderklassen-Initiative kommt zustande

Tages-Anzeiger, 22. Juni 2024, Zürich, Pascal Unternährer

Bildung • Die Kritik an der integrativen Schule nimmt zu. Ein Systemwechsel steht ernsthaft zur Diskussion.

Die Gegnerinnen und Gegner des heutigen Schulsystems spüren derzeit Rückenwind. So hat Thierry Burkart in einem Interview mit dieser Redaktion einen bildungspolitischen Marschhalt gefordert. «Die integrative Schule ist gescheitert», sagt der Präsident der FDP Schweiz.

Im Kanton Zürich sammeln seit Januar Bildungspolitikerinnen und -politiker von FDP, GLP und SVP Unterschriften für die kantonale Förderklassen-Initiative. Ihre zentrale Forderung: Die Separation von verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern soll wieder einfacher möglich sein als heute. Diese sollen aus den Klassen genommen und für mindestens ein halbes Jahr in heilpädagogisch geführten Förderklassen unterrichtet werden. Den Entscheid für den Wechsel treffen die Schulpflegen, heisst es in der Initiative. Eine Rückkehr der Kinder in die Stammklasse soll angestrebt werden. Der Systemwechsel soll saldoneutral erfolgen.

«Fast jeder unterschrieb»

Nachdem die Unterschriftensammlung harzig begonnen hatte, sind nun genügend Unterschriften beisammen. Das bestätigt Yasmine Bourgeois auf Anfrage. Sie ist Co-Präsidentin des Initiativkomitees und Stadtzürcher FDP-Gemeinderätin. Das Quorum von 6000 benötigten Unterschriften sei «klar übertroffen» worden. Zeit hat das Komitee noch bis zum 19. Juli. Bei der Sammlung auf der Strasse habe «fast jeder, der stehen blieb, unterschrieben», berichtet Bourgeois, die von Beruf



Schulleiterin ist. Das sei bei weitem nicht bei jeder Initiative so. Deshalb gibt sie sich zuversichtlich, dass das Vorhaben auch beim Stimmvolk gut ankommen werde. Sind genügend Unterschriften beglaubigt, geht die Initiative an den Regierungsrat und kommt anschliessend ins Kantonsparlament. Da die drei Parteien, die im Initiativkomitee sind, die Mehrheit haben, könnte das Vorhaben ohne Volksabstimmung durchkommen.

In Basel sind die Befürwortenden des Förderklassenmodells bereits ein paar Schritte weiter. Eine fast gleich wie in Zürich lautende Volksinitiative aus Lehrpersonenkreisen wurde von der Kantonsregierung abgelehnt und wird derzeit in der zuständigen Parlamentskommission behandelt.

Schulinselmodell verankern

Im Kanton Zürich hatte Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) auf die kritischen Berichte aus der Schullandschaft reagiert. Sie will das bereits praktizierte Schulinselmodell im Gesetz verankern. Steiner nannte den Platz fürs kurzfristige Mini-Time-out für auffällige Schülerinnen und Schüler «erweiterter Lernraum».

Auch wenn Steiner anerkennt, dass gewisse Jugendliche eine Belastung für die Lehrpersonen und den Klassenverband sein können, will sie am Prinzip, möglichst alle Kinder in der Regelklasse zu unterrichten, nicht rütteln. Auch mehr Sonderschulung ist für die Bildungsdirektorin kein Thema. Diese Haltung entspricht weitgehend jener des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverbands.

Los Angeles führt für alle Schulen Handyverbot ein

20Minuten, 20. Juni 2024, News, AFP

LOS ANGELES Die US-Metropole Los Angeles will den Gebrauch von Smartphones in Schulen vollständig verbieten. Die Schulverwaltung stimmte für ein Handyverbot an sämtlichen Schulen der Millionenstadt. Die Schulen wurden angewiesen, Regeln zur Verbannung von Mobiltelefonen und Onlinemedien während der Schulzeit auszuarbeiten. Schulen, an denen bereits ein Verbot gilt, hätten «unglaubliche Ergebnisse gemeldet», sagte Schulratsmitglied Nick Melvoin: «Die Kinder sind glücklicher, sie reden miteinander, ihre Noten verbessern sich.»

In seiner Entscheidung verwies der Schulverwaltungsrat auf Forschungsergebnisse, wonach exzessive Handynutzung bei Jugendlichen mit Stress, Depressionen, Angstzuständen, Schlafproblemen, Aggressivität und Suizidgedanken einhergeht. AFP

Schüler in ihren Stärken fördern

Tages-Anzeiger, 28. Juni 2024, Forum, Leserbriefe

«Tages-Anzeiger» vom 21.6. «Rote Linie überschritten - FDP-Präsident löst Kritik aus»

Jede Kritik am heutigen Schulwesen erhält schnell das Prädikat «rückständig» - als ob alles, was einmal geändert wurde, auch ein Fortschritt wäre. Integration ist zweifellos ein wichtiges Ziel aller pädagogischen Aktivitäten, aber der Weg dorthin führt für Kinder mit besonderen Schwierigkeiten unter Umständen besser über Sonderklassen. Der Weg ist eben nicht schon das Ziel. Integration erfordert Erziehung zur Gemeinschaft, aber auch Erziehung zur Selbständigkeit. Beides ist für Schüler mit besonderen Lern- und Verhaltensproblemen in einem entsprechend angepassten Klassenverband mit konstanten Bezugspersonen und begrenzter Schülerzahl wahrzunehmen. Ein heilpädagogisch fundierter Sonderklassenunterricht hat zudem das Schwergewicht auf die Förderung der



Basalfunktionen Wahrnehmung, Sprache und Motorik zu legen, ohne welche der Erwerb der Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen nicht gewährleistet ist. Selbstverständlich brauchen separative Massnahmen in Form von speziellen Schulen und Klassen nur so lange vorgesehen zu werden, bis ein Kind in der Lage ist, in der Regelschule mitzuhalten. Sind die Entwicklungsverzögerungen schwerwiegend, ist die Regelschule ungeeignet. Ein Kind, das sich in einer Sonderklasse verstanden fühlt und Erfolge erzielt, geht deshalb gerne zur Schule, ist dort im überschaubaren Rahmen wahrlich integriert. Das sollte seinen Eltern wichtiger sein als die derzeitige Etikette der Klassenbenennung.

Peter Schmid, Frauenfeld

Vorerst gratuliere ich Herrn Thierry Burkart zu seinem Interview. Beim heutigen Stand unserer Schulen und dem steten Verlust an Güte (Pisa-Studie) müssen wir uns überlegen ob das Gleichmachen - nicht nur im Schulwesen - der gut eingeschlagene Weg ist. Durch das ewige Gleichmachen in jeglicher Hinsicht schaden wir uns selbst. Lernen wir doch endlich, dass es unterschiedliche Menschen, resp. Schüler gibt. Diese alle gleichzumachen, nimmt den schlechten wie den guten die Freude am Lernen. Fördern wir diese doch in ihren Stärken, und dazu brauchen wir verschiedene Klassen mit Lehrkräften, die auf diese eingehen können. Alle in einer Klasse zu integrieren, kann nie aufgehen. Das Wichtigste dabei ist, dass wir sie nicht verurteilen - und das allein erwarte ich von einer aufgeschlossenen Gesellschaft. Die ganze Misere wurde schon unterstrichen durch die Umbenennung der Sekundarschule in Sek A, B, C, obwohl schlussendlich dasselbe gemeint ist wie früher Sekundar, Real oder Oberschule. Das Gleiche gilt für die Notengebung.

Isabelle Lang, Zumikon

Testlabor Klassenzimmer

Condorcet Bildungsperspektiven, 13. Juni 2024, Urs Kalberer

Die Sonntagszeitung hat sich bei ihrer Analyse des Bildungssystems auf 5 Themenfelder konzentriert- Leistungen, Lehrplan21, Frühfranzösisch, Integration und Beurteilung. Condorcet-Autor fügt dieser Recherche noch vier weitere Problemzonen hinzu.

In verdankenswerter Weise zielen die Autoren Pastega und Müller auf fünf offensichtliche Themen, bei welcher die ganze Schule – Administration, Ausbilder und Lehrerschaft – versagt hat. Die Schule ist zu einem Testlabor verkommen, die Schulkinder mutierten unfreiwillig zu Probanden. Doch in unserer stark zergliederten Schweizer Schullandschaft findet sich niemand mit der Autorität, die Probleme nicht nur zu benennen, sondern auch zu lösen. Ich hätte dazu einen Folgeauftrag an die beiden Autoren: Bitte einige Erziehungsdirektoren mit den im Artikel gemachten Misserfolgsbilanzen konfrontieren. Denn obwohl seit Jahrzehnten immer wieder und immer drängender auf die Missstände hingewiesen wurde, lautet die Devise der Politik noch immer: schweigen und aussitzen.

Der Artikel benennt zwar fünf wichtige Problemkreise, doch die ganze Breite des Schlamassels, in dem sich die Volksschule befindet, wird dadurch bei weitem noch nicht abgebildet. Es ist ein Leichtes, hier noch weitere Beispiele anzufügen.

1. Lehrermangel

Der sich akzentuierende Lehrermangel führt bereits heute einzelne Schulen an den Rand des Kollapses (Beispiel Pieterlen BE). Eine bekannte Ursache davon sind die zu vielen Teilzeitpensen. Der Beruf Lehrer wurde von einer verantwortungsvollen, mit viel Prestige verbundenen Lebensaufgabe zu einem Teilzeitjob degradiert – praktisch für Ehefrauen, die damit das Familienbudget aufbessern können. Geändert hat sich auch die Population der Studenten. Immer mehr betrachten den Beruf als Notlösung, wenn man aus dem Studium fliegt. Ich meine damit nicht, dass Lehrer in erster Linie



Akademiker zu sein brauchen. Aber heute steht die Tür zur PH so weit offen, dass die Besten und Fähigsten dankbar verzichten. Und die Ungeeigneten verlassen den Beruf schnell wieder.

2. Wuchernde Verwaltung

Ein Merkmal, das ins Auge sticht, ist das seit Jahrzehnten enorme Wachstum der Verwaltung und Administration. Das Problem der Schweiz scheint unser relativer Reichtum zu sein: Taucht irgendwo ein Problem auf, wird es sogleich mit Geld in Form von Gutachten und neu geschaffenen Stellen zugeschüttet.

Doch Geld allein macht bekanntlich noch keine gute Schule. Verständlicherweise existieren dazu nur sehr spärliche Daten – wer sägt schon am Ast, auf dem er selbst sitzt? Lucien Criblez stellt fest: «Insgesamt sind die Ausgaben des Kantons Zürich für die Lehrerfortbildung innerhalb von knapp 20 Jahren um mehr als das 70fache gestiegen» (Criblez, 2010). Das bezieht sich auf die Jahre von 1960 – 1980. Kaum auszudenken, was seither geschehen ist. Im gleichen Bericht erwähnt Criblez die Anzahl Inspektoren zu Beginn der 1960er-Jahre: Appenzell Ausserrhoden (1), Basel-Landschaft (2), Glarus (1), Graubünden (6), Neuenburg (3), Schaffhausen (1) seien hier erwähnt. Aber nicht nur kantonal, sondern auch kommunal wachsen die Stellenprozente für Verwaltung und Administration – und dies sogar bei sinkenden Schülerzahlen. Schulleitungen wurden uns beispielsweise bei ihrer Einführung als Entlastungsmassnahme verkauft, wie auch die vielen Jobs auf den Bildungsdepartementen sich als Hilfsangebote verstehen. Was bedeutet dies für die Schule? Die vielen neuen Stellen im «Überbau» unterminieren letztlich die Position des Lehrers und der Lehrerin. Der finanzielle Verteilungskampf könnte von den Lehrerorganisationen noch viel mehr thematisiert werden.

3. Pädagogische Misere

An den Lehrerausbildungsstätten gibt es noch immer viel zu viele Ideologen, welche ihre Unterrichtstheorie unesehen und unbestraft verbreiten dürfen. Ich denke beispielsweise an Dozenten, die mit Inbrunst die Vorteile der Primarfremdsprachen predigen. An der mangelnden Wissenschaftlichkeit krankt mittlerweile eine ganze Lehrergeneration, welche sich an Dogmen wie jahrgangsgemischte Klassen, Sprachbäder, Lerntypen und weitere pädagogische Irrlehren klammert. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Realität findet an unseren PH nicht statt oder ist sogar unerwünscht.

4. Kampfzone Digitalisierung

Hier trennt ein tiefer Graben viele Lehrerteams: Es gibt viele gute Argumente für und gegen die Verwendung von digitalen Geräten im Unterricht. Doch im Lehrerzimmer stehen sich beide Lager unversöhnlich gegenüber. Unbestritten ist, dass der mit dem Einsatz des Computers erhoffte Bildungsschub nicht stattgefunden hat. Im Gegenteil. Wie bei anderen Reformen stürzte man sich auch hier mit enormen Investitionen in ein Abenteuer.

Halten wir fest: Der Lehrermangel führt dazu, dass ungeeignete Personen einsteigen. Die wuchernde Administration frisst Ressourcen weg, die anderweitig besser eingesetzt werden könnten. Die Ausbildung der PH ist ideologisch und scheut die wissenschaftliche Auseinandersetzung. Und die Digitalisierung verursacht Kosten, die in keinem Verhältnis zum Lernzuwachs stehen. Das Testlabor Klassenzimmer ist grösser als angenommen.

Quelle:

«Die Expansion der Bildungsverwaltung in den 1960er- und 1970er- Jahren – am Beispiel der Kantone Zürich und Bern» (2010), Criblez L, Referat an der Tagung „Verwaltete Schule: Behörden, Reformen und Adressaten“ am 10. September 2010 in Zürich. Online: https://www.uzh.ch/blog/ife-hbs/files/2016/01/Expansion_Bildungsverwaltung_Criblez_100910.pdf

Urs Kalberer, Sekundarlehrer: Man hört und staunt.

Schule ohne Noten?

Schweizerzeit, 21. Juni 2024, von Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden BE

Die Reformitis in den öffentlichen Schulen soll weitergeführt werden: Abschaffung der Noten, Abschaffung des Leistungsdrucks, Abschaffung von allem, was ein leistungsfähiger Staat braucht. Wir müssen diesen folgenschweren Irrweg stoppen.



Mehr Pestalozzi (1746-1827), weniger Reformitis!

Wem hat die Schweiz den Wohlstand zu verdanken? Es waren unsere leistungswilligen Eltern, Grosseltern und früheren Generationen, die durch ihren Einsatz die heutige Schweiz geschaffen haben. Der Verzicht auf einen gesunden Wettstreit auch bei der Arbeit oder in der Schule führt zwangsläufig zu einer selbstgefälligen, trägen Gesellschaft, die dem Untergang geweiht ist. Das Römische Reich lässt grüssen. Leider haben fast alle Reformen all unseren Schulen zu einer Nivellierung nach unten geführt.

«Kompetenzen» bereiten Kopfschütteln

Ein Blick in den Katalog der Kompetenzen des Lehrplanes 21 verdeutlicht die Misere mit den fehlenden Jahres- und Stoffzielen. Die kursiv gedruckten Ausdrücke/Verben wie Abschätzen, begründen, erkennen (...) machen das schulische Manko deutlich: Zuerst müssten die Kinder doch Grundkenntnisse, Grundfertigkeiten (Rechnen, Lesen, Textverständnis, Schreiben) erwerben. Erst dann kann man abschätzen, beurteilen, hinterfragen und dergleichen.

Da heisst es zum Beispiel: *«Die Schülerinnen und Schüler können Formen des Unterwegs-Seins von Menschen, Gütern und Nachrichten erkunden sowie Nutzen und Folgen des Unterwegs-Seins für Mensch und Umwelt abschätzen, ... können die ästhetische Wirkung von Hörtexten entdecken und beschreiben... Formen und Verfahren konstruktiver Konfliktbearbeitung anwenden, eigene Gefühle wahrnehmen oder situationsangemessen ausdrücken, ... Menschen in ihren Gemeinsamkeiten und Differenzen wahrnehmen und verstehen, ... respektvoll mit Menschen umgehen, die unterschiedliche Lernvoraussetzungen mitbringen oder sich in Geschlecht, Hautfarbe, sozialer Herkunft,*



Religion oder Lebensform unterscheiden, ... die Qualität und Bedeutung gesammelten und strukturierten Informationen abschätzen und beurteilen, ... beschreiben welche Fragen und Themen sie zu unserer Welt und zum Zusammenleben von Menschen in verschiedenen Gebieten und für die Zukunft auf der Erde wichtig sind,... sich darauf einlassen, immer wieder neue Bilderbücher, Hörbücher, Hörspiele. Filme anzuschauen. zu hören und darüber zu sprechen, ... mit Hilfe von Rückfragen beschreiben, welche Vorgehensweisen oder Sprechstrategien sie angewendet haben, um ihre Meinung zu vertreten. ... ihr Sprech-, Präsentations- und Gesprächsverhalten reflektieren, ... soziale Ungleichheiten untersuchen, Massnahmen zu deren Verringerungen beurteilen und entsprechende eigene Ideen entwickeln, Informationen und Positionen zu aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen und Konflikten bezüglich Interessen und Wahrheitsgehalt hinterfragen»

Statt dass die Lehrerinnen und Lehrer wie vor der Einführung des Lehrplans 21 mit pädagogischem Geschick und interessantem Aufbereiten des Schulstoffes den Kindern Grundkenntnisse, Grundfertigkeiten und Grundhaltungen sowie Freude am Lernen vermitteln, müssen die Kinder – weitgehend ohne die wichtige Lehrer(in)/Schulkind-Beziehung «selbst gesteuert» und anhand von digitalen Lehrmitteln – sogenannte Kompetenzen erarbeiten.

Und obschon sich die Kinder für Lernstoffe (Inhalte) wie Dinosaurier, Planeten, Spielsachen u.v.m.) interessieren - und nicht für Kompetenzen - verlangt der Lehrplan 21 keine Jahresstoffziele. Somit ist die versprochene Harmonisierung nicht einmal in den einzelnen Kantonen möglich.

Mehr Lektionen und Lehrkräfte, massive Kosten, unbefriedigende Resultate

Wegen dem selbstgesteuerten Erarbeiten von Themen findet eine unsinnige Aufstockung von Schullektionen statt, was wiederum hunderte von neuen Lehrpersonen erfordert. Die hohe Präsenzzeit überfordert viele Kinder, und die Mehrkosten belasten Kantone und Gemeinden. Dies alles ohne erkennbaren Nutzen für eine gute Bildung von Kopf, Herz und Hand.

Die Politik muss sich dringend mit der Volksschule und der Bildung befassen und das Ganze mit gesundem Menschenverstand und kindsgerecht angehen!

Sabina Geissbühler

Sabina Geissbühler-Strupler ist Primar- und eidg. dipl. Turn-/Sportlehrerin, Didaktikdozentin sowie Autorin «Bewegung im Mittelpunkt», «Bilderbücher werden lebendig», «Bewegung und Spiel».

«Meine Kinder haben in der Schule kaum gelesen» (Bärfuss)

Journal 21, 21. Juni 2024, Carl Bossard

Die Primarschule steckt in Atemnot. Alles ist wichtig geworden. Doch für das zukunftsfähig Wichtige fehlt vielfach die Zeit. Gleichzeitig verliert sich der Bildungsdiskurs in Oberflächenphänomenen. Eines kommt kaum zur Sprache: wirksames Lernen. Plädoyer für eine (Rück-) Besinnung aufs Unterrichten.



Das historische Schulhaus von Loveresse (Bild: zVg Schweizer Patenschaft für Berggemeinden)

Es sei ein Diamant, der die Dorfsilhouette präge, sagen die Einwohner. So etwas wie ein ikonischer Ort. Gemeint ist das historische Schulhaus der jurassischen Gemeinde Loveresse im Vallée de Tavannes. Das Primarschulhaus im Berner Jura stammt aus dem Jahr 1858. Dem jungen Bundesstaat von 1848 ist guter Unterricht ein fundamentales Anliegen. Vehement drängt er zum Aufbruch. Die Uhr signalisiert die neue Epoche: Das Zufallslernen hat ein Ende; das Schulleben geht nun im Takt. Die Zeit der Uhr wird zur standardisierten Normalität. Zeiten der Schule sind jetzt Zeiten des Lernens. Am Schulhaus von Loveresse wird's ersichtlich. Und noch etwas macht das bauliche Bijou bewusst: Das Lernen erhält einen zentralen Stellenwert. Das schicke Gebäude steht mitten im weitverzweigten Dorf.

Lesen als Schlüssel für die Teilhabe an der Welt

Den Unterricht ins Zentrum rücken, das Lernen bedeutsam machen – das war die Idee der Aufklärer, das wollte der erste Bildungsminister Philippe Albrecht Stapfer in der Zeit der Helvetik (1798–1803) und mit ihm Johann Heinrich Pestalozzi, das lag den Promotoren des neuen Schweizer



Bundesstaates am Herzen. Ihre Idee: Nur ein gebildetes Volk kann den neuen demokratischen Staat gestalten. Dazu müssen alle Leute lesen und schreiben können; darum muss die Schule die Kinder literarisieren: Lesen als Schlüssel fürs Lernen und die Teilhabe an der Welt – und der Demokratie. Dieses Anliegen stand im Zentrum. Es wurde hartnäckig verfolgt, oft unerbittlich streng; nicht selten mochte es gar stur und stumpfsinnig wirken. Die alte Schule!

«Meine Kinder haben in der Schule kaum gelesen»

Die Zeiten haben sich geändert und mit ihnen die Methoden. Doch manche Ziele bleiben gleich: darunter à fond lesen lernen und das Gelesene verstehen. Konzentriertes Lesen oder «Deep Reading», wie es die Leseforschung nennt, muss geduldig gelehrt, intensiv und auch gemeinsam geübt und reflektiert werden. Doch die notwendige Konsequenz für dieses «Deep Reading» geht heute vergessen. Vielfach fehlt die Zeit; die To-do-Fülle verlangt anderes. «Meine Kinder haben in der Schule kaum gelesen. Das ist fatal.»¹ So berichtet der Schriftsteller Lukas Bärfuss und spricht von «einer fundamentalen Bildungsmisere».



Das Lernen der elementaren Kulturtechniken wieder ins Zentrum rücken (Bild: Commune de Loveresse)

Gefordert ist eine (Rück-)Besinnung auf das Unterrichten

Aus einem Einzelbeispiel aufs Allgemeine zu schliessen, ist problematisch. Doch Bärfuss ist mit seiner Analyse nicht allein. Vielen Eltern geht es gleich. Sie wissen um das Manko beim Üben und springen in die schulische Lücke; sie trainieren mit ihren Kindern zu Hause oder engagieren Privat-institute. Entsprechend boomen die inoffiziellen Angebote. Auch das ist bekannt. Längst schon sollte die Bildungspolitik darum ihre Massstäbe überprüfen.

¹ Lukas Bärfuss, in: CH Media. Kulturbeilage, 08.06.2024, S. 5



Die PISA-Ergebnisse beim Lesen sind ein Alarmzeichen, ebenso die hohe Durchfallquote bei beruflichen Aufnahmeprüfungen im Fach Deutsch. Gefragt ist nicht die alte Schule, gefordert ist nur das beharrliche Üben und Vertiefen in den Kernbereichen der neuen Schule. Das erfordert keine Rückkehr zu Vergangenen; das Können in den elementaren Kulturtechniken bedingt lediglich eine (Rück-)Besinnung auf das Unterrichten und das, was wirksames Lernen ausmacht: Dazu gehört das Aufbauen mit dem Erkennen und Verstehen des neu Erlernten, dazu zählt das Konsolidieren mit dem Festigen und Üben, sei es von Wissen oder Können, und dazu kommen das Anwenden des Gelernten sowie das Zusammenspiel dieser Teilprozesse. Es ist die Grammatik des Lernens – etwas, das nicht veraltet und immer gilt. Auch in der neuen Schule.

Höhere Gedankenlosigkeit bei aktuellen pädagogischen Schlagworten

«Alte Schule oder neue Bildung?» So fragte kürzlich eine SRF-Sternstundesendung.² Gast war der Zürcher Hochschullehrer für Allgemeine Pädagogik, Professor Roland Reichenbach. Zur Sprache kam eine ganz Palette von pädagogisch Aktuellem und vordergründig Dringlichem: Abschaffung der Noten, Elimination der Hausaufgaben, das Selbstorientierte Lernen SOL, dazwischen ein kurzer Hinweis auf PISA und die Neue Autorität, etwas über John Hattie und seine umfassende Studie zum wirksamen Unterricht sowie ein Querblick auf Hegels Bildungsidee. Ins gedrängte Gesprächsfeld rückten auch die Digitalisierung und der Lehrplan 21 mit seiner Kompetenzfülle, dann der Wert des Auswendiglernens und eine Prise Orientierungswissen, dazu die Problematik der Integration und Inklusion mit dem hohen Anspruch an die Lehrpersonen.

Munter hüpfte es hin und her – von Thema zu Thema. Das gab dem geerdeten und praxiserfahrenen Erziehungswissenschaftler Reichenbach die Gelegenheit, einige dieser gegenwärtigen Oberflächenphänomene zu beleuchten und sie in anderes Licht zu rücken. Wertvolle Erkenntnisperlen, aber verstehende Tiefe ergab das kaum, vor allem keinen bildungsphilosophischen Diskurs und kein Hineinzoomen in unterschiedliche Bildungsverständnisse. Erhellend bei allem war sein Hinweis auf die höhere Gedankenlosigkeit beim mainstreamartigen Nachbeten zeittrendiger pädagogischer Schlagworte.

«Alte Schule oder neue Bildung?» Was gilt nun?

Etwas ratlos blieb der Beobachter zurück. «De omni aliquid et de toto nihil». So hat ein gebildeter Priesterlehrer um 1800 den damaligen Stadtzuger Unterricht charakterisiert. «Von allem etwas und vom Ganzen nichts!» Sein Satz steht in der berühmten Stapfer-Schul-Enquête, der ersten helvetischen Schulevaluation. Ähnlich der Eindruck nach dieser Sendung.

«Alte Schule oder neue Bildung?» Was gilt nun? Und was wäre für gutes Lernen wichtig? Weiss die Bildungspolitik überhaupt, was sie will und wohin sie steuern soll? Welche Bildungsidee leitet sie? Fragen über Fragen.

Für die Zukunft sanieren

Die alte Schule wurde in den vergangenen Jahren radikal umgebaut – mit Blick auf eine neue Bildung. Kaum ein Stein blieb auf dem andern. Doch über die Wirkung der ungezählten Reformen kann die Unterrichtsforschung kaum verbindliche Aussagen machen. Sie weiss es schlicht nicht.³

Auch die alte Schule von Loveresse wird umgebaut.⁴ Dabei wird etwas Weniges angebaut und der Estrich ausgebaut. Das Fundament und der feste Bau bleiben bestehen. Beides symbolisiert das, was immer gilt und keinem Verfalldatum unterliegt: die Basics, wie es heute heisst, eine gute Grundlage

² Roland Reichenbach – Alte Schule oder neue Bildung? <https://www.srf.ch/play/tv/sternstunde-philosophie/video/roland-reichenbach---alte-schule-oder-neue-bildung?urn=urn:srf:video:17696743-b25c-4dbc-b031-2951609cb7bc>

³ Vgl. u. a. Martin Beglinger: «Das ist vernichtend.» Die Antworten der Bildungsforscher über die Wirkung der Schulreformen in der Schweiz sind ernüchternd. In: NZZ, 31.08.2018.

⁴ Die Schweizer Patenschaft für Berggemeinden unterstützt den Umbau der Schule finanziell. Er kostet 700'000 Franken; das entspricht 80 Prozent der jährlichen Steuereinnahmen der Gemeinde Loveresse.



mit den elementaren Kulturtechniken des Lesens, Schreibens und Rechnens. Das betonte Roland Reichenbach in der SRF-Sendung dezidiert. Vielleicht etwas von der utopischen Einfachheit dessen, was Goethe «das alte Wahre» genannt hat – und das in der Praxis doch immer wieder neu und schwer zu realisieren ist: Die Konzentration auf das, was für junge Menschen und ihre Zukunft wichtig ist: ein festes Standbein, ein tragfähiges Fundament fürs weitere Lernen. «Get the fundamentals right, the rest will follow!» Auf die guten Grundlagen kommt es an.

Veranstungshinweis

Lerncoach oder Bandenchef? Individualisierung versus Sozialität – ein Gegensatz?

Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, 25. September 2024

Referenten

Prof. Dr. Norbert Ricken
(Ruhr-Universität Bochum)

Christine Staehelin
(Lehrerin und Erziehungswissenschaftlerin, Basel)

Ort und Datum

Mittwoch, 25. September 2024, 18.30 – 20.30

OST – Ostschweizer Fachhochschule

Rosenbergstrasse 59 (beim Bahnhof)

9000 St. Gallen

Grosser Plenarsaal, Parterre

